

**16 Fortsetzung: Farbsack-Trennsystem: Einführung in den Stadtteilen II – VI:
Teilrevision Abfallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB Nr. 822.1);
Investitions- und Verpflichtungskredit (Abstimmungsbotschaft); 1. Lesung**

Alexander Feuz (SVP) zu den SVP-Anträgen 15, 16, 17 und 18: Dass die Ratsmitglieder, die pünktlich zur Sitzung eingetroffen sind, fast zehn Minuten warten mussten, ist ein Beispiel für die schlechte Effizienz der kurzen Sitzungspausen. Ich habe solange mit meinem Votum zur Begründung unserer Anträge zugewartet, die wahrscheinlich abgelehnt werden. Einige Fraktionen sind immer noch untervertreten. Umso mehr ist es gerechtfertigt, dass es in Zukunft wieder lange Sitzungspausen geben wird. Soviel zum parlamentarischen Ablauf. Der Stadtrat entschied im Sinne der Effizienz zugunsten kurzer Sitzungspausen, aber wenn man dann doch nicht erscheint, ist es mit der Effizienz nicht mehr weit her. Wir hätten seinerzeit besser dem Antrag von Simone Machado für 90-minütige Pausen zugestimmt.

Zum Thema: Ich begründe die Anträge 15, 16, 17 und 18. Im Weiteren werde ich **zwei zusätzliche Anträge mit je einem Eventualantrag** begründen, die wir heute kurzfristig eingereicht haben.

Antrag 6 verlangt die Streichung von Artikel 6 Ziffer 4, in dem es um die Bereitstellung des Abfalls für die Sammlung geht. Wir wollen keine Containerpflicht. Falls unsere Rückweisungsanträge zurückgewiesen werden, herrscht in Bern sodann eine Verpflichtung, Container bereitzustellen. Wir bezweifeln, dass so etwas machbar ist. Es ist besser, die Containerpflicht ersatzlos zu streichen. Das gilt auch für Artikel 23a. Wir sprechen uns gegen eine Ersatzabgabe aus. Selbst wenn sich ein Hauseigentümer findet, der Platz für Container anbieten kann, wird sich wahrscheinlich der Denkmalschutz dagegenstellen. Dass die Stadt eine Ersatzabgabe von den Hauseigentümern verlangen will, die keine Containerstandplätze anbieten können – vielleicht, weil es ihnen durch Einsprachen verwehrt wird – geht nicht an. Dann könnte ja irgendein städtischer Funktionär, der sich am Lärm stört, den betreffenden Liegenschaftseigentümer blockieren, so dass dieser keine Container aufstellen kann. Dann muss dieser arme Mensch, der gar nie solche Container haben wollte, sogar noch dafür bezahlen, dass er keine aufstellen kann.

Zu unseren neuen Anträgen 19, 20, 21 und 22: Es geht um die Abfallentsorgung respektive um die Abholung der Abfälle. Leider ist uns dieser Punkt erst spät aufgefallen. Die Fraktionen werden im Rahmen der zweiten Lesung Gelegenheit haben, sich mit diesen Anträgen auseinanderzusetzen. Wir wollen, dass die Abfallentsorgung in den Aussenquartieren weiterhin zweimal pro Woche erfolgt. Andernfalls wird es während der Feiertage, insbesondere über Weihnachten und Neujahr, unter Umständen dazu kommen, dass man während 14 Tagen den Gestank von Abfall ertragen muss. Wenn die Container überquellen, herrschen bald schon Zustände wie in Neapel bei einem Streik der Abfallentsorgungsdienste. Es sollen entweder die Abfallsäcke zweimal wöchentlich eingesammelt werden, oder eben die blöden Container zweimal wöchentlich entleert werden. Die Eventualanträge sehen eine Abholung oder Leerung vor, für den Fall, dass in einer Woche Bedarf nach einer zweiten Abholung besteht.

Zu den Anträgen 17 und 18, die die Einführung bis spätestens 31. Dezember 2032 fordern. Warum sollte es eine so lange Übergangsfrist geben? – Wenn ein Eigentümer Probleme hat, Container aufzustellen, weil er durch eine Einsprache des Nachbarn blockiert wird, aber die Stadt schon eine Containerpflicht eingeführt hat, müssen die Leute ihren Abfall dann vielleicht 300 Meter weit bis zum nächsten verfügbaren Container tragen. Um diese Situation zu vermeiden, verlangen wir eine lange Übergangsfrist. Sie kennen die Entscheidungen des Bundesgerichts. Die Stadt wird sagen, wem keine Container vor dem Haus zur Verfügung stehen, habe halt Pech gehabt. Dann müssen die Betroffenen ihren Kehrriech halt transportieren,

falls nötig können sie mit ihren Abfallsäcken die Strecke bis zur nächsten Deponiemöglichkeit mit dem Bus zurücklegen.

Das vorliegende Reglement ist katastrophal. Es führt einerseits zu einem Leistungsabbau, andererseits zu Mehraufwänden für die Hauseigentümer und auch zu mehr Aufwand und zu mehr Kosten für die Mieter, die am Ende für die auf die Hauseigentümer überwälzten Kosten aufkommen müssen. Das Reglement betont einseitig den Schutz der städtischen Angestellten, deren Arbeit erleichtert werden soll. Die alten Leute, die dazu gezwungen sein werden, ihre Abfallsäcke zum nächsten Container zu tragen, lässt man ausser Acht. Das neue Abfallreglement ist kontraproduktiv, es wirkt dem Altersreglement entgegen. Die meisten Küchen, insbesondere die in den Altbauwohnungen, bieten nicht genügend Platz, um den Abfall getrennt aufzubewahren, so dass man seine Abfälle viel häufiger zum Container bringen muss, damit es in der Küche nicht stinkt. Wenn die Container überfüllt sind, müssen die Leute ihre Abfälle in ihren kleinen Küchen oder sonst irgendwo in der Wohnung lagern. Vielleicht passt das Altpapier ja ins Bücherregal oder man kann einen Zusatzcontainer auf dem Balkon aufstellen. Das neue System bringt nur Nachteile. Ich bedaure, dass Gemeinderätin Marieke Kruit das Ganze ausbaden muss. Diese Vorlage ist aus der Schule ihrer Vorgängerin Ursula Wyss hervorgegangen. Wir müssen diesem Vorhaben unbedingt entgegensteuern. Wenn die Rückweisung nicht durchkommt, hoffe ich sehr darauf, dass die PVS die Problematik erkennt und mit den Seniorenverbänden in Kontakt treten wird. Es ist zu hoffen, dass wir das Blatt noch wenden können. Denken Sie an die alten Leute! Wir sollten etwas für die Bewohner von Bern tun und nicht nur etwas für den Gemeinderat, der vorgibt, er setze sich für das Personal ein. Unter der neuen Regelung werden vor allem betagte Menschen leiden. Das Reglement bringt einen Leistungsabbau. Lesen Sie den Reglementsentwurf sorgfältig durch! Der Hinweis betreffend die Häufigkeit der Entsorgung wurde mir jemandem zugetragen. So wie das neue Reglement im Vortrag verkauft wird, fällt einem dieser Nachteil nicht auf. Aber der bisherige Rhythmus der Abfallentsorgung in den Aussenquartieren muss beibehalten werden.

Der Vorsitzende ermahnt den Redner, dass die Redezeit ausläuft.

Alexander Feuz fährt fort: Die SVP-Fraktion lehnt dieses Reglement ab. Ich hoffe, die PVS wird die nötigen Abklärungen vornehmen und danach auch zu einem vernichtenden Urteil über das neue Reglement gelangen. Ich hoffe, dass die PVS diese Vorlage torpedieren wird, im Sinne der Bewohner, insbesondere der betagten Leute. Auch unter dem Aspekt des Orts- und Denkmalschutzes ist es unabdingbar, die Notbremse zu ziehen.

Fraktionserklärungen

Simone Machado (GaP) für die Fraktion AL/GaP/PdA: Ein Grossteil unserer Fraktion stimmt dieser Vorlage zu, mit der Begründung, dass das Farbsack-Trennsystem zum Recycling und somit zur Reduktion des Ressourcenverbrauchs beiträgt. Neu werden die Rohstoffe bequem vor der Haustür abgeholt, was die Beteiligung der Bevölkerung an der Wiederverwertung von Materialien mutmasslich erhöht. Zudem werden die Mitarbeitenden der Kehrrichtabfuhr entlastet, weil gleichzeitig ein Containersystem eingeführt wird. Ein Teil unserer Fraktion lehnt das Farbsack-Trennsystem ab, weil sie es für kompliziert und teuer halten. Nicht überall ist vor dem Haus genügend Platz vorhanden, um zwei Container aufzustellen. Zudem braucht es auch Einrichtungen in den Küchen der Wohnungen, die nicht alle installieren können oder wollen. Die Anträge 1 und 2 auf Nichteintreten lehnen wir ab. Wir sind bereit, dieses Geschäft heute zu behandeln und darüber zu beschliessen. Die SVP-Rückweisungsanträge 4, 5, 6, 7, 8 und 9 lehnen wir ab, weil sie zahlenmässig einem Overkill gleichkommen und inhaltlich von Spitzfindigkeiten geprägt sind. Manchmal wäre weniger mehr! Dem Rückweisungsantrag 3 bei dem es um die Einführung des Containersystems geht, werden einige Fraktionsmitglieder

zustimmen. Den PVS-Anträgen 10, 11, 12, 13 und 14 stimmen wir einstimmig zu, weil sie die regionale Verarbeitung des Abfalls erhöhen, die ökologische Verarbeitung des Rohstoffes Glas verbessern und darauf zielen, dass Gelingen des Farbsack-Trennsystems evaluativ zu begleiten. Die SVP-Anträge 16, 17 und 18 lehnen wir ab. In Bezug auf den Streichungsantrag 15 SVP sind wir geteilter Meinung; nicht alle Fraktionsmitglieder sind vom Containerwesen begeistert.

Ursula Stöckli (FDP) für die Fraktion FDP/JF: Unsere Fraktion lehnt dieses Projekt ab. Der einzige Punkt, den wir an dieser Vorlage gut finden, ist die körperliche Entlastung der Mitarbeitenden in der Entsorgung. Nicht gut finden wir unter anderem folgendes: Das System nimmt den Hauseigentümern Platz weg und wird in einer Containerwüste enden. Neu braucht es fix zwei Container, einen für die Materialien in den Farbsäcken und einen für den Hauskehricht, häufig kommt ein weiterer Container fürs Grüngut hinzu. Somit werden dann je drei Container vor den Häusern stehen. Das ist die absolute Kunststoff-Materialschlacht, sowohl in Bezug auf die Kehrichtsäcke als auch auf die Container. Dieses System beansprucht Platz, der an sich für anderes gebraucht wird, beispielsweise für einen Velounterstand. Bei vielen Mehrfamilienhäusern ist der Umschwung ohnehin knapp oder gar nicht vorhanden. Je nachdem wie viel Platz zur Verfügung steht, kann es sein, dass direkt vor den Fenstern von Parterrewohnungen Abfallcontainer zu stehen kommen, was den Wert dieser Wohnungen vermindert und keinesfalls mieterfreundlich ist. Das Aufstellen von Containern ist zwar freiwillig, aber wer dies nicht realisieren will oder kann, wird trotzdem zur Kasse gebeten und muss eine Gebühr bezahlen. Die Umsetzbarkeit eines Systems mit verschiedenen Kehrichtsäcken ist in zahlreichen Wohnungen nicht gewährleistet. Wir finden das fragwürdig. Wohin sollen die Leute denn mit all den Kehrichtsäcken? Dass in der Altstadt, aus Platzgründen und wegen des Denkmalschutzes, alles so bleiben soll, wie es ist, ist begrüssenswert. Aber das führt dazu, dass nach dem Systemwechsel zwei Systeme parallel geführt werden müssen, und zwar das bisherige System in der Altstadt und das neue Farbsack-Trennsystem im restlichen Stadtgebiet. Das ist nicht praktikabel. Die Fraktion FDP/JF wird den Anträgen 1, 2 und 3 auf Nichteintreten beziehungsweise Rückweisung zustimmen.

Katharina Gallizzi (GB) für die Fraktion GB/JA!: Die Menschen, die die Kehrichtautos beladen, müssen jeden Tag hunderte Kehrichtsäcke in die Lastwagen werfen. Diese Arbeit mag vielleicht einem Traumberuf der Kindheit entsprechen, weil man hinten auf Kehrichtwagen mitfahren kann, ist aber in Wirklichkeit extrem anstrengend und vor allem auch gesundheitsschädigend. Nicht nur das Heben der schweren Lasten ist ein Problem, auch die Verletzungsgefahr durch spitze Gegenstände im Abfall stellt ein enormes Gesundheitsrisiko dar. Für uns dieser Zustand unhaltbar, deswegen begrüssen wir die mit diesem Geschäft geplante Einführung der Containerpflicht. Der Gesundheitsschutz der Mitarbeitenden muss an oberster Stelle stehen, der enorm verbessert werden kann, indem die Abfallsäcke mit dem Container ins Kehrichtauto befördert werden. Wir sehen ein, dass die Einführung einer Containerpflicht eine enorme Herausforderung bedeutet. Für sämtliche Liegenschaften Standplätze zu finden, wird nicht einfach sein. Wir befürchten, dass der dadurch entstehende Aufwand unterschätzt wird. Zudem wird durch die Container viel Freiraum blockiert, sei es auf privatem oder auf öffentlichem Grund. Dabei ist wichtig, dass dadurch kein qualitativ hochwertiger Raum verloren geht, vielmehr sollen die öffentlichen Containerplätze beispielsweise auf Parkplätzen erstellt werden. Das liesse sich gut mit den Klimazielen des Gemeinderats vereinbaren, namentlich mit der Zielsetzung, die Anzahl öffentlicher Parkplätze zu halbieren. Ebenfalls ist darauf zu achten, dass die Flächen für Containerplätze möglichst unversiegelt bleiben. Die versiegelte Fläche in der Stadt nimmt stetig zu; dieser Entwicklung muss man entgegensteuern. Dass wegen der Containerpflicht noch mehr Bodenflächen versiegelt werden, ist unbedingt zu verhindern.

Es ist vorgesehen, mit der Einführung der Containerpflicht den Abholrhythmus zu reduzieren. Das ist an sich verständlich, aber in grösseren Überbauungen, die bereits jetzt mit Containern arbeiten, wird dies dazu führen, dass noch mehr Container aufgestellt werden müssen. Beim Papier soll der Rhythmus zwar beibehalten werden, aber dieselben Container müssen auch noch die neuen Farbsäcke aufnehmen. Wenn man durch die Quartiere geht, sieht man, dass die Papiercontainer schon jetzt teilweise überquellen, ohne die Farbsäcke. Darum ist es wichtig, die Füllmengen der Container zu überprüfen und das System gegebenenfalls anzupassen. Da die Anzahl Container nicht beliebig erhöht werden kann, muss eine Anpassung des Abholrhythmus' ins Auge gefasst werden. Darum unterstützen wir den PVS-Antrag 4.

Soviel zum einfachen Teil des Geschäfts, nun kommen wir zum komplexen Teil, dem Farbsack-Trennsystem. Um es vorwegzunehmen: Die Meinungen in unserer Fraktion sind ziemlich divers. Manche finden, das Farbsack-Trennsystem sei eine gute Sache, weil sie davon ausgehen, dass das Recyclieren dadurch einfacher und attraktiver wird, so dass ein ökologischer Nutzen daraus entstehen wird. Andere Mitglieder unserer Fraktion sehen die Sache kritischer. Sie sind der Meinung, dass nicht alles, was grün und ökologisch daherkommt, auch wirklich grün und ökologisch ist. Das Farbsacksystem geht in diese Richtung: In den Unterlagen wird die Studie der Fachhochschule Rapperswil zitiert, die den ökologischen Nutzen des Systems untersucht hat. Wenn man die Studie richtig liest, erkennt man, dass das neue System nur einen Vorteil bringt, wenn sich 80% der Haushalte daran beteiligen. Falls sich weniger Haushalte beteiligen, sind die Unterschiede zum heutigen System statistisch nicht signifikant, was eigentlich heisst, dass es keinen Unterschied gibt. Sogar die zu erwartende signifikante Verbesserung, wenn 80% der Haushalte das System nutzen, rührt vor allem daher, dass man davon ausgeht, dass heutzutage viele Wertstoffe per Auto zu den Entsorgungsstellen gebracht werden. Etwas ketzerisch ausgedrückt, könnte man anstelle des Farbsack-Trennsystems auch fordern, dass in der Umgebung aller Quartiersammelstellen Autofahrverbote eingeführt werden. Das wäre wahrscheinlich die einfachere und günstigere Lösung.

Sorgen bereiten uns auch die Wiederverwendung und die Transportwege der gesammelten Stoffe. Wenn die Farbsäcke nicht in Bern sortiert werden können, sondern zuvor über eine weite Strecke transportiert werden müssen, kann die Ökobilanz des Systems plötzlich ins Negative kehren. In diesem Zusammenhang ist der PVS-Antrag 10 zentral. Mit dem Farbsack-Trennsystem werden die Glasflaschen nicht mehr nach Farben getrennt gesammelt, was ihre Verwertung als Flaschenglas erschwert. Falls künftig aus dem Altglas kein Flaschenglas mehr hergestellt werden könnte, käme dies einem Rückschritt gegenüber heute gleich. Das will der PVS-Antrag 12 verhindern. In der Schweiz gibt es derzeit noch keine Anlage, die Glas sortieren kann. Das heisst, auch für das Glas werden momentan lange Transportwege in Kauf genommen. Neu am System ist, dass man Kunststoff recyceln kann. Das ist an sich eine gute Sache, aber nur, wenn es gut aufgegleist ist. Momentan muss auch der Kunststoff zur Aufbereitung ins Ausland gefahren werden. Angesichts der Tatsache, dass maximal 50% davon wirklich recycelt werden können, heisst das, dass die Hälfte der Kunststoffabfälle nach Deutschland gekarrt wird, nur um dort verbrannt zu werden. Laut dem Vortrag ist eine Sortieranlage in der Schweiz geplant. Wir finden es wichtig, dass sie realisiert wird. Darum stimmen wir dem PVS-Antrag 2 zu.

Kommen wir noch zum sozialen Aspekt des Systems: Die Farbsäcke sind kostenpflichtig. Es geht nicht um einen hohen Betrag, für Menschen mit tiefem Budget ist er aber durchaus relevant. Wir befürchten, dass man mit dem System eine Convenience-Lösung für ein gutverdienendes urbanes Publikum aufzieht, während für die anderen das Recyclieren schwieriger wird. Aus diesem Grund ist es enorm wichtig, dass kein Abbau der Quartiersammelstellen geschieht, damit die Menschen, die das wollen, ihre Wertstoffe auch weiterhin gratis entsorgen können. Ganz grundsätzlich stellt sich die Frage, ob mit dem Farbsacksystem nicht schädliches Konsumverhalten zementiert oder gar legitimiert wird. Dadurch, dass man von zu Hause aus fast alles recyceln kann, kann das Gefühl aufkommen,

dass Abfall nicht einfach Abfall ist, den es zu vermeiden gilt, sondern ein Produkt, das jederzeit ressourcenschonend wiederverwertet werden kann. So wird kein Anreiz geschaffen, Abfall zu vermeiden. Laut Entsorgung + Recycling (ERB) gaben die Menschen im Pilotversuch an, wegen der Trennung bewusster darauf zu achten, welche Art von Abfall sie produzieren. Das ist natürlich ein sehr erwünschter Effekt; ob der jedoch anhält, wenn das System dereinst etabliert sein wird, bezweifle ich.

Meinen Ausführungen ist zu entnehmen, dass wir noch etliche Fragezeichen setzen, was die Detailumsetzung anbetrifft. Viele Dinge lassen sich aber erst klären, wenn man sie ausprobiert: Sind die Menschen wirklich bereit, für die Recyclierung ihres Plastiks einen Sack zu kaufen, der fast so teuer wie ein blauer Kehrichtsack ist? Machen die Leute mit und ist die Qualität der gesammelten Wertstoffe hoch genug? Sind die Container ständig überfüllt? Lassen sich genügend Standorte für Container finden? Die schrittweise Einführung des Systems ermöglicht es, diese Knackpunkte zu analysieren und gegebenenfalls darauf zu reagieren. Hierzu ist der PVS-Antrag 5 zentral, der eine Zwischenevaluation fordert, bevor das System in der ganzen Stadt eingeführt wird. Wir erwarten, dass diese Evaluation gut und sorgfältig durchgeführt wird, und dass man, falls sich das System nicht etablieren kann und nicht die gewünschten Effekte zeigt, auch einen Abbruch der Einführung in Betracht zieht.

Vor diesem Hintergrund stimmen wir dem Geschäft und allen PVS Anträgen zu. Sämtliche SVP-Anträge sowie den Nichteintretensantrag der Mitte-Fraktion lehnen wir ab.

Brigitte Hilty-Haller (GFL) für die Fraktion GFL/EVP: Das Farbsack-Trennsystem trennt auch die Geister der Bevölkerung. Die einen sehen es als wichtigen und guten Schritt zu einer noch umweltfreundlicheren und nachhaltigeren Abfalltrennung an, die anderen als Schikane und als Luxusmodell, das sich nur die reiche Bevölkerung leisten kann. Auch in unserer Fraktion wurde intensiv über dieses Geschäft diskutiert.

Das Farbsack-Trennsystem wurde nicht in einer Nacht und Nebelaktion aus dem Boden gestampft, sondern ist eine logische Weiterentwicklung der bereits jetzt vorbildlichen Abfallentsorgung in Bern. ERB führte zwischen 2018 und 2019 einen Pilotversuch mit 1300 Haushalten und 2020 eine öffentliche Vernehmlassung durch. In der Umfrage äusserten sich die Leute, die beim Pilotversuch mitmachten, grossmehrheitlich positiv. 88% finden das Farbsack-Trennsystem praktisch, 85% würden dessen Einführung begrüßen.

Das Farbsack-Trennsystem ist und bleibt freiwillig. Hingegen wird neu eine allgemeine Containerpflicht eingeführt. Das hat den Vorteil, dass die blauen Kehrichtsäcke nicht mehr frei auf den Trottoirs liegen und von Katzen, Mardern, Füchsen oder Krähen zerfetzt werden. Die Container schützen aber auch die Gesundheit der Männer und Frauen, die bei der Kehrichtabfuhr arbeiten. Das wurde bereits erwähnt.

Heutzutage sind die Abfallsammelstellen in der Stadt permanent überlastet. Das zeigt sich in Form der vielen Säcke mit Altglas, die rund um die Glascontainer abgestellt werden. Die öffentlichen Abfallsammelstellen bleiben bestehen. Aktuell wird mit circa 250 Standplätzen auf öffentlichem Grund gerechnet. Dazu kommen sieben öffentliche Unterflursammelstellen, vor allem in den Stadtteilen V und VI. Bern ist die erste Schweizer Stadt, die diese Art von Abfalltrennung einführen will. In anderen Ländern, vorab in nordischen Ländern wie Schweden und Finnland, aber auch in Nordfrankreich, wird seit mehr als 20 Jahren erfolgreich ein Farbsack-Trennsystem praktiziert. Warum also sollte das in der Stadt Bern nicht auch funktionieren?

Es besteht die Sorge, dass die Container künftig noch schneller übertoll werden. Hierzu hat ERB jedoch bereits in Aussicht gestellt, Hand für schnelle und pragmatische Lösungen zu bieten, indem sie mehr Container für Stellplätze auf privatem Grund liefern oder auf öffentlichem Grund aufstellen, oder indem die Leerungen in kürzerem Takt stattfinden.

Schlussendlich soll das neue Abfalltrennsystem die Bevölkerung sensibilisieren und zum Umdenken anregen. Wer Lebensmittel mit geringer Verpackung kauft, produziert auch weniger

Abfall. Das kann nur im Sinne von uns allen sein, wenn wir unseren Nachkommen, Kindern und Kindeskindern keine zugemüllte Welt hinterlassen wollen. Recyceln ist gut, vermeiden ist besser!

Unsere Fraktion stimmt dem Farbsack-Trennsystem zu, auch wenn betreffend die Umsetzung noch einige Skepsis besteht. Aber die Richtung stimmt und wird von der Fraktion GFL/EVP unterstützt. Wir lehnen die Anträge 1 bis 9 und 15 bis 18 ab. Den PVS-Anträgen 11, 12, 13 und 14 stimmen wir zu.

Lionel Gaudy (Mitte) für die Mitte-Fraktion: Wir haben schon mehrmals gesagt, dass wir das Farbsack-Trennsystem nicht unterstützen. Wir sind mit dem bestehenden Entsorgungssystem äusserst zufrieden, da es sehr gut funktioniert. Die Sonderrechnung ERB ist eine der wenigen Rechnungen der Stadt Bern, die positiv abschliesst. Es ist mit allen Mitteln zu verhindern, dass sie ins Negative abrutscht. Die Stadt geht mit der Einführung des neuen Farbsack-Trennsystems ein grosses Risiko ein. Es ist völlig unklar, ob die Bevölkerung überhaupt mitmachen wird. Auf viele der aufgezeigten Risiken, auf die im Vortrag eingegangen wird, werden keine stichhaltigen Antworten geliefert. In der Stadt Bern ist schlicht nicht genügend Platz vorhanden, um überall Container aufzustellen. In vielen Strassen sind die Platzverhältnisse beengt, anders als in neu gebauten Siedlungen. Dort stehen viele kleine Häuser und es gibt kaum Platz zwischen der Haustür und dem Trottoir mit den angrenzenden Parkplätzen oder Velostreifen. Das neue System wird zu einer Verschandelung der Stadt führen. Insbesondere wird es auch dazu führen, dass der Platz für die Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen eng wird und sie deswegen nicht mehr überall hingelangen. Das Farbsack-Trennsystem setzt voraus, dass sämtliche privaten Haushalte ihre Abfälle trennen. In meinem Haushalt fallen pro Woche vielleicht eine bis zwei leere PET-Flaschen an. Ich nehme sie jeweils mit, um sie zu entsorgen. Künftig müssten alle Plastikverpackungen und Glasflaschen in den Haushalten gesammelt werden. Zwar sollen beide Systeme während einer Übergangsphase noch parallel betrieben werden, aber das Ziel ist, das alte System durch das neue Farbsack-Trennsystem abzulösen, denn falls es nicht zu einer Ablösung kommt, ist das neue System in keiner Weise ökologischer. Es erbringt keinen grossen Mehrwert gegenüber dem Status quo, aber es geht mit hohen Investitionen einher, die jetzt getätigt werden müssen. Jetzt ist aber der falsche Moment, um solche Experimente durchzuführen. In Bern existiert bereits ein gut funktionierendes System. Bitte stimmen Sie unserem Antrag auf Nichteintreten zu. Wir lehnen sämtliche PVS-Anträge ab. Es kann ja nicht das Ziel sein, dass die Stadt Bern auch noch eine eigene Recyclinganlage betreibt oder an der Erstellung einer solchen in der Umgebung mitwirkt. Wenn die Voraussetzungen stimmen, wird ein privates Unternehmen eine Anlage realisieren, andernfalls kommt es halt eben nicht dazu. Wir stimmen den SVP-Rückweisungsanträgen zu.

Laura Binz (SP) für die Fraktion SP/JUSO: Unsere Fraktion hat sich schon immer für die Förderung der Abfalltrennung eingesetzt, dementsprechend befürworten wir die rasche Einführung des Farbsack-Trennsystems auf dem gesamten Stadtgebiet, mit Ausnahme des Stadtteils I. Dieses System bringt Verbesserungen in Bezug auf die Ökobilanz und auf den Komfort. Es erleichtert insbesondere auch mobilitätseingeschränkten Personen die getrennte Entsorgung von Abfällen. Ein wichtiges Argument für das Farbsack-Trennsystem trägt die Zufriedenheit der am Pilotprojekt Beteiligten bei, die das System nach dem Ende des Pilots weiterführen wollen; und es zeigen noch weitere Haushalte Interesse am Farbsack-Trennsystem. Die Haushalte, die das System ausprobiert haben, sind sicherlich eine wichtige Stimme. Die bei Ihnen durchgeführte Umfrage ergibt ganz klar ein positives Resultat. Das neue System entspricht einem echten Bedürfnis.

Wir begrüssen auch die Containerpflicht auf dem ganzen Stadtgebiet, da sie die Gesundheitsrisiken für die Angestellten von ERB stark reduzieren wird. Im Moment müssen die

Mitarbeitenden täglich drei bis acht Tonnen Abfall bewältigen und setzen sich dabei einer erhöhten Verletzungsgefahr durch Glas oder andere spitze Gegenstände aus.

Wir unterstützen es, dass das Farbsack-Trennsystem auch nach der definitiven Einführung freiwillig bleibt. Von Seiten der Stadt ist sicherzustellen, dass möglichst alle Interessierten guten Zugang zum neuen System erhalten. Insbesondere muss der Zugang auch den Mieterinnen und Mietern ermöglicht werden. Öffentliche Standplätze für Container sollen aber nur dann in Betracht gezogen werden, wenn keine anderen Lösungen, also Standplätze auf privatem Grund oder bei bestehenden Quartier- oder Unterflursammelstellen eingerichtet werden können. Aus dem Vortrag an den Stadtrat geht hervor, dass es nur eine geringe Anzahl Liegenschaften gibt, bei denen es mit dem Platz problematisch werden könnte. Auch die Flexibilität, neue Wertstoffe in die Sammlung aufnehmen zu können, bewerten wir positiv. Das entspricht ebenfalls einem grossen Bedürfnis, insbesondere im Hinblick auf die gemischten Kunststoffe.

Da der ökologische Nutzen umso grösser wird, je mehr Haushalte sich am Farbsack-Trennsystem beteiligen, ist es wünschenswert, dass das neue System so breit wie möglich genutzt wird, und dass die dafür nötigen Voraussetzungen vorhanden sind. Die geplante schrittweise Einführung ist sinnvoll, insbesondere weil die Erkenntnisse aus der Einführung in einem Quartier direkt in die Umsetzung im nächsten einfließen können. Der Einführungsplan soll möglichst eingehalten werden. Die SP/JUSO-Fraktion ist mit den vorliegenden Anpassungen am Abfallreglement einverstanden.

Zu den Anträgen: Es ist wünschenswert, dass die Abfallsortierung möglichst nahe von oder sogar in der Stadt vorgenommen werden kann. Dasselbe gilt für die Wiederverwertung von Glas. Wichtig ist, dass man bei der quartierweisen Einführung laufend aus den Erfahrungen und den bisherigen Resultaten lernt. Wir stimmen allen PVS-Anträgen zu. Die Anträge auf Nichteintreten oder Rückweisung sowie alle weiteren SVP-Anträge werden wir ablehnen. Unsere Fraktion unterstützt die Einführung des Farbsack-Trennsystems, demzufolge stimmen wir dem Kredit und der Reglementsanpassung zu.

Einzelvoten

Thomas Glauser (SVP): Vielleicht ist es ja gutgemeint, dass man in der Stadt Bern einen Container-Wahn umsetzen will. Aber Container brauchen Platz und verursachen Emissionen. Manche riechen das gern, andere sagen, Container stinken. Zudem stellen Container eine Unfallgefahr dar, wenn sie auf den Trottoirs oder den Velostreifen abgestellt werden; diese Situation wird alle Leute belasten. Es kann nicht sein, dass in der Stadt Bern ein Container-Wahn ausbricht. Es gibt andere Methoden zur Abfallentsorgung, mittels derer Wertstoffe wie Glas, Metall, Kunststoffe, Holz und Papier getrennt gesammelt und wiederverwertet werden können. Früher gab es noch Papiersammlungen. Ich weiss nicht, ob es unmöglich ist, Papiersammlungen in Bern durchzuführen. Auch die Rüstabfälle können in der Biogasanlage verarbeitet werden. Es gibt schlicht und einfach zu wenig Platz für so viele Container. Ich bin klar gegen den Container-Wahn in der Stadt Bern.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte): Es wurden zahlreiche und vielseitige Argumente für und wider das Farbsack-Trennsystem vorgebracht. Ich will mit meinem Einzelvotum nochmals in die «Container-Kerbe» schlagen. Für die zweite Lesung möchte ich der Kommission das Argument mitgeben, dass das Containerregime nochmals überprüft werden muss. Wir erachten die durchgeführte Stichprobenumfrage als nicht repräsentativ. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den Befragten um Recycling-Enthusiasten handelt, die bereit sind, sich mit Recycling intensiv auseinanderzusetzen und sich deswegen auch für die Teilnahme am Pilotversuch gemeldet haben. Ich sehe die Sache mit den Containern als sehr schwierig an. Ich habe mir überlegt, wie das System bei Häusern mit Hochparterrewohnungen gehandhabt werden soll,

bei denen man von der Haustüre fast direkt aufs Trottoir und zur Strasse gelangt. Sollen die Container auf dem Trottoir abgestellt werden? Was geschieht dann mit den parkierten Autos? Bei uns im Marzili wird eine Begegnungszone eingerichtet. Entspricht es denn einer neuen Strategie zur Aneignung des öffentlichen Raums, dass man, nachdem man die Autos aus dem öffentlichen Raum entfernen konnte, dort nun Container aufstellt? Das wäre bedauerlich. Zudem ist darauf hinzuweisen, dass die Container nicht einfach schön bleiben. Sie werden beklebt, besprayt oder verbeult und bieten mit der Zeit keinen schönen Anblick mehr. Die Entsorgungsequipe ist mehrmals erwähnt worden, vor allem, dass die Mitarbeitenden durch das neue Farbsack-Trennsystem entlastet werden. Das finden wir auch. Wir möchten auch bessere Bedingungen für die Männer und Frauen schaffen, die diese Arbeit erledigen. Eine Möglichkeit, für ihre Entlastung zu sorgen, findet sich in der für heute traktandierten Vorlage zum Reglement zur Bekämpfung des Betriebs- und Wohnlärms, das eine Ausnahmeregelung für die Frauen und Männer, die die Entsorgungsarbeit erledigen, vorsieht. Ich bin gespannt, ob der Stadtrat diesbezüglich die gleiche Einstellung an den Tag legt. In Bezug auf die Abfallentsorgung halten wir uns an die Devise «Never change a winning team!». Das bestehende Abfallsystem in der Stadt funktioniert sehr gut. Das neue Farbsack-Trennsystem bringt keinen Mehrwert, sondern führt einzig zu einem grossen Durcheinander. Es wird lange dauern, bis sich die Bevölkerung daran gewöhnt.

Manuel C. Widmer (GFL): Wir haben heute Abend nicht nur von der Mitte gehört, dass doch alles sehr gut funktioniere. Das stimmt und wir können dafür dankbar sein, dass wir ein so gutes Abfallsystem haben. Gut funktioniert dieses System vor allem für uns als Abfallproduzierende. Für diejenigen, die unseren Abfall entsorgen, also die Leute, die auf den Kehrrechtfahrzeugen mitfahren und die Abfallsäcke einsammeln müssen, funktioniert das bestehende System aber weniger gut. Sie müssen jeden Tag tonnenweise Müll in die Kehrrechtwagen befördern. Diese Arbeit ist körperlich höchst anstrengend und wer sie ausübt, spürt die Auswirkungen schon nach kurzer Zeit, und zwar überall. Ich weiss nicht, ob jemand unter den Anwesenden diese Arbeit jemals geleistet hat. Früher gab es für Stadtratsmitglieder die Möglichkeit, eine Entsorgungstour im Kehrrechtwagen mitzumachen und zu erleben, wie sich das anfühlt. Ich empfehle Ihnen, diese Erfahrung mal zu machen. Ich bezweifle, dass die, die diese Erfahrung gemacht haben, anschliessend immer noch sagen, das bestehende System sei auch für die Mitarbeitenden von ERB gut. Es trifft zu, dass einige Leute künftig 100 Meter zurücklegen müssen, um ihren Kehrrechtsack, der vielleicht zwei bis fünf Kilo wiegt, in einen Container zu entsorgen. Wir sind es unseren Kehrrechtmännern und -frauen schuldig, dass 2021 ein Systemwechsel kommt, durch den auch sie entlastet werden. Wir entsorgen nämlich immer noch nach einem System aus dem letzten Jahrhundert. Danke, dass Sie bei der nächsten Behandlung dieses Geschäfts zugunsten der Rücken und der Oberarme und für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ERB entscheiden!

Bernadette Häfliger (SP): Ich danke Manuel Widmer für die eindringliche Schilderung der Arbeit, die die Mitarbeitenden von ERB leisten. Sie müssen nicht nur ein paar Kilos, sondern fünf bis acht Tonnen pro Tag schleppen. Fünf bis acht Tonnen! – Nichtsdestotrotz dankt ihnen der Stadtrat zwar dafür, dass sie unseren Abfall abführen, sagt ihnen gleichzeitig aber auch, er sei dagegen, dass ihnen die Arbeit erleichtert wird. Das finde ich zynisch. Sybil Eigenmann, mein Antrag zum Lärmreglement war bei der letzten Beratung bestritten. Ausserdem würde es ohnehin nicht ausreichen, die Abfuhrzeiten im Sommer in Ausnahmefällen um eine Stunde vorzuverlegen, denn das ändert nichts daran, dass die Männer und Frauen von der Kehrrechtabfuhr nach wie vor täglich fünf bis acht Tonnen herumschleppen müssen. Darüber hinaus ist es Ihre, ja diese politische Seite, die verlangt, dass genau diese Menschen bis zur Pensionierung zwei bis drei Jahre länger arbeiten sollen. Das ist Ihre Logik!

Erich Hess (SVP): Einerseits wird gesagt, dieses System entlaste die Abfallindustrie, also diejenigen, welche mit dem Abfall arbeiten, massiv, weil sie nicht mehr jeden Kehrtrichtstreckwagen einzeln einsammeln und in den Kehrtrichtwagen befördern müssen. Andererseits soll es künftig Container und Abfallsäcke in verschiedenen Farben geben, die aber in den gleichen Container geworfen werden. Also braucht es jemanden, der die verschiedenen Abfallsorten wieder trennt, was maschinell nicht machbar ist. Der Abfall muss fein säuberlich getrennt werden. Diese Arbeit haben bislang die Leute übernommen, die zu Hause ihren Abfall trennen. Auch ich habe hinter dem Haus Harassen stehen, in denen ich mein Altglas sammle, das ich von Zeit zu Zeit zum nächsten Entsorgungshof oder zur nächsten Sammelstelle bringe. Das Altpapier entsorge ich bereits in einen Container, das geht ganz einfach. Aber nicht alle haben die Möglichkeit, ihr Altpapier in einen Container vor dem Haus zu werfen, weil vielerorts der nötige Platz für einen Container fehlt. Mit dem neuen System brauchen alle Liegenschaften ausserhalb der Altstadt, auch solche mit wenig Platz rund ums Haus, je einen Container fürs Altpapier, fürs Glas und für sonstige Abfälle. So viele Container gibt es doch gar nicht. Kommt hinzu, dass weniger Entsorgungstouren stattfinden, weshalb es dann noch mehr Platz braucht, um all die Abfälle zu lagern. Liegenschaften, die schon einen Container für den Kehrtricht haben, sind darauf angewiesen, dass dieser regelmässig geleert wird, weil es sonst massiv zu stinken beginnt. Bei vielen Überbauungen befinden sich die Container in Kehrtrichträumen und der Geruch ist weniger merkbar. Aber diese Möglichkeit besteht mit der Einführung des neuen Systems nicht. Wir sollten dafür sorgen, dass die Leute ihre Abfälle wie bisher selbst sortieren. Die Arbeiten am System mit den Entsorgungsstationen in den Quartieren, in das die Stadt viel investiert hatte, wurden vor nicht allzu langer Zeit, etwa erst vor fünf Jahren abgeschlossen. Jetzt will man dieses System über den Haufen werfen und stattdessen ein teureres System einführen, dass unter dem Strich mehr Arbeit verursacht. Es wird mehr Leute brauchen, die den Kehrtricht nach dem Einsammeln verarbeiten. Das neue System bringt keinen Mehrnutzen. Theoretisch sollten die Kehrtrichtmänner entlastet werden, aber in der Praxis braucht es mehr Leute, also kommt unter dem Strich keine Entlastung dabei heraus. Das wird den Steuer- und Gebührenzahler massiv teurer zu stehen kommen. Dass Argument, dass die Container den Kehrtrichtmännern die Arbeit erleichtern, weil sie weniger Gewicht in den Lastwagen werfen müssen, leuchtet ein. Dass aber verschiedenfarbige Säcke für die Abfalltrennung verwendet und in Containern gesammelt werden müssen, leuchtet gar nicht ein, denn dadurch werden sowohl die Haushalte, als auch der knappe Raum vor den Häusern überfordert.

Sibyl Martha Eigenmann (Mitte): Ich muss mich nochmals zu Wort melden, denn ich wurde namentlich erwähnt und meine Vorrednerin hat auch mit dem Finger auf mich gezeigt. Es ist spannend, dass auf unseren Einwand, dass wir am neuen System keinen Mehrwert erkennen, der Vorwurf folgt, wir seien der Meinung, dass die Mitarbeitenden der Kehrtrichtentsorgung länger und noch härter arbeiten müssten. Von linker Seite wurde der Wunsch vorgebracht, dass der Boden der Standplätze für die Container nicht versiegelt sein dürfe, und dass es sich möglichst um Kiesplätze handeln sollte, auf denen am besten noch Büsche gepflanzt werden. Einen Container über einen Kiesplatz zum Kehrtrichtwagen zu rollen, darf man sich jedoch nicht als «Schoggijob» vorstellen. Die Container fahren nicht von selbst zum Kehrtrichtwagen und sie haken sich auch nicht von selbst dort ein. Der Job der Mitarbeitenden der Kehrtrichtentsorgung bleibt hart. Man darf es sich nicht so vorstellen, dass mit dem neuen System alles super wird, und dass für die Angestellten der Müllabfuhr danach nicht mehr viel zu tun ist.

Direktorin TVS Marieke Kruit: Ich danke dem Referenten für die gute und umfassende Vorstellung dieses Geschäfts und Ihnen für die angeregte Diskussion. Mit der Einführung des Farbsack-Trennsystems wollen wir wichtige und notwendige Anpassungen am Entsorgungssystem vornehmen und gleichzeitig auch das Angebot verbessern. Michael Ruefer hat die Vorteile dieses System bereits gut dargelegt, dem ist nichts hinzuzufügen. In der

Diskussion wurde der ökologische Nutzen mehrmals erwähnt: Je mehr Haushalte mitmachen, desto ökologischer wird das System. Wir gehen sehr davon aus, dass möglichst viele Haushalte mitmachen werden. Bern erfindet das Rad nicht neu. Das Farbsack-Trennsystem wird in Schweden schon seit über 20 Jahren erfolgreich eingesetzt. Zudem ist ein Pilotversuch durchgeführt worden, der aufgezeigt hat, dass die stadtweite Einführung machbar ist, und dass sie auch geschätzt würde. Am Versuch war eine repräsentative Auswahl Haushalte beteiligt. Wir sind keineswegs einseitig vorgegangen. Wichtig ist auch zu wissen, dass die Grund- und Verursachergebühren unverändert bleiben, und dass die Nutzung des neu geplanten Entsorgungssystems freiwillig ist. Anders sieht es mit der Containerpflicht aus, die mit der Annahme dieser Vorlage für alle zur Pflicht wird. Das hat gute Gründe: Unsere Mitarbeitenden heben täglich fünf bis acht Tonnen. Immer wieder kommt es zu Stich- und Schnittverletzungen. Es braucht dringend eine Veränderung, um den Gesundheitsschutz unserer Mitarbeitenden zu verbessern. Ich danke für die wohlwollenden Voten zu diesem Thema. Die Containerpflicht zeitigt aber auch einen positiven Effekt für das Stadtbild, indem die blauen Kehrriechsäcke aus dem Strassenraum verschwinden, und mit ihnen auch die Probleme mit den zu früh herausgestellten und aufgerissenen Säcken. Bei der Grünabfuhr gilt schon heute eine Containerpflicht. Auch in anderen Städten, zum Beispiel in Zürich und Genf, wurde die Containerpflicht eingeführt. Wie sich zeigt, ist dies machbar und ein Erfolg. Ich habe keinerlei Rückmeldungen aus diesen Städten erhalten, die besagten, es würde dort überproportional stinken. Bei der Einführung der Containerpflicht ist wichtig, dass wir den Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümern Hand bieten, um gute Lösungen für die Standplätze der Container zu finden. Für sie bringt die Containerpflicht einen gewissen Mehraufwand, dessen sind wir uns bewusst. Wir nehmen ihre Sorgen ernst. ERB hat gemeinsam mit einem Landschaftsarchitekten sämtliche Liegenschaften in Bern besichtigt. Es wurde analysiert, wo Standplätze auf privatem Grund möglich sind und wo nicht. Wir hielten auch Ausschau nach möglichen Standorten für öffentliche Containerstandplätze. In den nächsten Monaten müssen diese weiter geprüft und sodann definitiv festgelegt werden. Wichtig ist, dass die Gehdistanz zum Container möglichst gering ist, was bei fast allen Liegenschaften in der Stadt Bern der Fall ist. Die meisten Quartierentsorgungsstellen bleiben bestehen. Der Druck auf diese Entsorgungsstellen sollte deutlich abnehmen. Die bestehenden Sammelstellen sind trotz häufiger Leerungen oftmals überlastet und verunreinigt. Wie in anderen Städten ist es auch in Bern nicht einfach, sondern schwierig, neue Standorte für öffentliche Sammelstellen zu finden.

Zum Fahrplan: Wenn das Stimmvolk der Einführung des Farbsack-Trennsystems zustimmt, kann es ab Mitte 2022 in Etappen umgesetzt werden. Ausgenommen bleibt der Stadtteil I, weil dort enge Platzverhältnisse herrschen und andere Anforderungen ans Stadtbild bestehen.

Zu den Kosten: Für die Einführung des Farbsack-Trennsystems sind Ausgaben von rund 10,7 Mio. Franken nötig. Diese Ausgaben laufen über die städtische Sonderrechnung Entsorgung + Recycling, die Ende 2020 einen positiven Saldo von 13 Mio. Franken aufweist. Ausserdem sollte das Farbsack-Trennsystem bei einer Beteiligungsquote von 50% ab 2036 kostenneutral betrieben werden können.

Der Gemeinderat ist überzeugt, dass mit der Einführung des Farbsack-Trennsystems ein echter Mehrwert für die Bevölkerung entsteht, dass wir damit zeitgemässe, nachhaltige und innovative Wege bei der Abfallentsorgung einschlagen, und dass dieses System ausbaufähig ist. Wir hoffen auf Ihre Zustimmung zu diesem Geschäft.

Zum Antrag auf Nichteintreten der Mitte-Fraktion und zu den Rückweisungsanträgen der Fraktion SVP: Ja, unser Entsorgungssystem funktioniert grundsätzlich gut. Das hat viel mit dem grossen Engagement unserer Mitarbeitenden zu tun. Es gibt aber gewisse Mängel, die wir jetzt beheben wollen: Die dezentralen Sammelstellen werden stark frequentiert, auch zu Zeiten, in denen es nicht erlaubt ist. Das führt immer wieder zu Klagen, auch Littering ist ein wiederkehrendes Thema. Wie gesagt, brauchen neue Quartiersammelstellen viel Platz, der

schwierig zu finden ist. Die mit dem Farbsack-Trennsystem einhergehende Containerpflicht wird eine deutliche Verbesserung für unsere Mitarbeitenden bringen, weil sie dann nicht mehr so schwere Lasten heben müssen. Die Finanzierung läuft nicht über den Steuerhaushalt, sondern über die Sonderrechnung Entsorgung + Recycling.

An die Adresse der SVP: Wir sind im Gespräch mit den Behindertenorganisationen und werden dieses selbstverständlich weiterführen. Der Sorge von Alexander Feuz betreffend die älteren Leute, die kiloweise Abfall herumschleppen müssten, kann ich mit dem Argument begegnen, dass in den meisten Haushalten älterer Menschen kleine Kehrichtsäcke mit 17 Litern Inhalt im Einsatz sind.

Zum Denkmalschutz: Sowohl der Denkmalschutz als auch das Stadtplanungsamt sind an der städtischen Arbeitsgruppe beteiligt. Ihre Haltung ist in dieses Projekt eingeflossen. Eine grobe Abklärung betreffend die Standplätze für die Container hat bereits stattgefunden. Diese Angelegenheit soll nach der Abstimmung weiter vertieft werden. Wir wollen dazu Hand bieten und wirklich sorgfältig vorgehen. Da zum jetzigen Zeitpunkt nicht abgeschätzt werden kann, wie viele Einsprachen eingehen werden, können diesbezüglich auch keine seriösen Berechnungen angestellt werden. Ich bitte Sie, die Rückweisungsanträge abzulehnen. Zu den weiteren Anträgen werde ich im Rahmen der zweiten Lesung Stellung nehmen.

Beschluss

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Vortrag des Gemeinderats vom 12. Mai 2021 betreffend Farbsack-Trennsystem: Einführung in den Stadtteilen II–VI: Teilrevision Abfallreglement vom 25. September 2005 (AFR; SSSB Nr. 822.1); Investitions- und Verpflichtungskredit (Abstimmungsbotschaft).
2. Der Stadtrat lehnt den Nichteintretensantrag 1 Mitte ab. (16 Ja, 55 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 012
3. Der Stadtrat lehnt den Nichteintretensantrag 2 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 013
4. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 3 SVP ab. (16 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 014
5. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 4 SVP ab. (15 Ja, 53 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 015
6. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 5 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 016
7. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 6 SVP ab. (9 Ja, 59 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 017
8. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 7 SVP ab. (15 Ja, 56 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 018
9. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 8 SVP ab. (7 Ja, 64 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 019
10. Der Stadtrat lehnt den Rückweisungsantrag 9 SVP ab. (13 Ja, 57 Nein, 0 Enthaltungen)
Abst.Nr. 020
11. Der Stadtrat verabschiedet die Vorlage zuhanden einer 2. Lesung.